

Arbeitspapier

herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Nr. 32/2001
Manfred Wilke/Sebastian Prinz

PDS – Systemveränderung am Kabinetttisch?

Sankt Augustin, Juli 2001

Ansprechpartner: Dr. Stephan Eisel
Leiter der Hauptabteilung
„Innenpolitik und Soziale Marktwirtschaft“
Telefon: 0 22 41/246-630
E-Mail: stephan.eisel@kas.de

Viola Neu
Leiterin des Teams „Politische Kommunikation,
Parteien- und Meinungsforschung“
Telefon: 0 30/2 69 96-249
E-Mail: viola.neu@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin

PDS: Systemveränderung am Kabinettstisch?

Die SED-Folgepartei zwischen Regierungsbeteiligung und außerparlamentarischem Kampf

Einleitung

Durch den Bruch der großen Koalition in Berlin im Juni 2001 und ihre indirekte Regierungsbeteiligung in der deutschen Hauptstadt ist das Interesse an der PDS sprunghaft angestiegen. Um so mehr als nach den Neuwahlen eine Koalition zwischen SPD und PDS mit oder ohne Beteiligung der Grünen nicht ausgeschlossen ist. In dieser Konstellation bekommt die bislang öffentlich weithin unbeachtete Diskussion um ein neues Parteiprogramm der PDS aktuelle Bedeutung.

Die Vorgänge in Berlin bedeuten eine Neujustierung des deutschen Parteienspektrums durch die von SPD und Grünen betriebene Einbeziehung der PDS in den demokratischen Verfassungsbogen. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung, die der Koalitionswechsel der SPD in Berlin für die Bundesrepublik hat, beginnt vorliegende Analyse der PDS-Programmdiskussion mit dem Berliner „Tabubruch“ – so bewertet die PDS selbst diesen Vorgang.

Wir konzentrieren uns bei der Analyse des Programms auf das Selbstbild der Partei, das sie zwölf Jahre nach ihrem Ende als totalitäre Staatspartei SED von sich entwirft. Wir fragen, inwieweit Sozialismus für die PDS noch das maßgebliche Ziel darstellt und was sie darunter versteht. Es ist zu klären, ob die Partei bereit ist, die Spielregeln der parlamentarischen Demokratie vorbehaltlos zu akzeptieren und außerparlamentarische Wege zum Machterwerb auszuschließen, ob die PDS also mittlerweile eine „normale“ Partei ist. Um diese Fragen zu beantworten, muss man auch darauf eingehen, wie sich die PDS zu ihrer Geschichte, zur DDR und zur Sowjetunion stellt. Dabei lassen sie vor allem die PDS selbst mit ihren programmatischen und politischen Aussagen sprechen.

I. Der Berliner „Tabubruch“ als Machtperspektive der PDS

Als nach der letzten Wahl die große Koalition in Berlin gebildet wurde, tat dies die SPD mit der Beteuerung, die Stadt nicht mit der PDS regieren zu wollen - obwohl es rechnerisch eine Mehrheit im Abgeordnetenhaus für SPD, Grüne und PDS gab. Ein gutes Jahr vor der Bundestagswahl entschied sich die SPD zum Koalitionswechsel. Der Landesverband Berlin der PDS wertete dies als Bruch „politischer Tabus“¹. Wörtlich heißt es: „Was vor wenigen Monaten noch unmöglich schien, ist in greifbare Nähe gerückt: Die Ablösung der großen Koalition und ein politischer Neuanfang in Berlin, beides mit aktiver Beteiligung der Partei des Demokratischen Sozialismus.“² Den Schritt der SPD, den Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) mit Hilfe der PDS abzuwählen, um bis zu vorgezogenen Neuwahlen einen durch sie gestützten rot-grünen Senat zu bilden, sieht die PDS als Ergebnis ihrer eigenen „Arbeit“ zum Sturz des „Systems West-Berlin“.³

Schon im Januar 2001 war sich die Fraktionsspitze der PDS im Berliner Abgeordnetenhaus sicher: *„Die Chancen für die Bildung einer Regierungsmehrheit links von der CDU und unter Einschluss der PDS stehen also so gut wie noch nie. Mit dem Ende der Unberührbarkeit der PDS gewinnt die Frage nach den politischen Inhalten, dem politischen Projekt einer solchen Regierungsalternative an Bedeutung. Die Frage lautet: „Was wird eine rot-rote Regierung oder eine rot-rot-grüne Regierung anders machen?“*⁴ Die PDS rechnete also mit dem Koalitionswechsel der SPD. In der deutschen Hauptstadt ging es also seit Anfang des Jahres um eine neue dauerhafte Machtkonstellation im Parteienspektrum der Berliner Republik, das sich von dem der Bonner Republik unterscheidet. Galt bis 1989 ein antitotalitärer Konsens zwischen den großen Volksparteien, der eine Regierungsbeteiligung von rechts- und linksextremistischen Parteien ausschloss, so haben nun die SPD und die Grünen diesen Konsens mit dem Koalitionsbruch in Berlin endgültig aufgekündigt. Namentlich die SPD will eine Neujustierung des Parteienspektrums: Die SPD besetzt die Mitte, die PDS ist als Partei links von der SPD ebenso koalitionsfähig wie die Grünen und die FDP. Und die CDU/CSU soll an den rechten Rand gedrängt werden. Lange vor der Bankenkrise offenbarte die PDS-Fraktions-

¹ Resolution des außerordentlichen Landesparteitages der PDS v. 15. Juni 2001.

² Ebenda.

³ Ebenda.

⁴ Freundl, Carola/Wolf, Harald: Vor der Kür kommt die Pflicht. Arbeitspapier zu den politischen Aufgaben der PDS-Fraktion bis 2004. - Berlin 2001.

spitze im Berliner Abgeordnetenhaus, dass es ihr nicht um einen inhaltlichen Neuanfang, sondern um einen Machtwechsel ging:

*"Seien wir ehrlich, eine schlüssige und vor allem überzeugende Antwort haben z. Zt. weder wir noch die anderen Parteien links von der CDU."*⁵

Konrad Weiß reagierte als einer der ersten auf den Berliner Tabubruch. Der Mitbegründer der Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“ und von „Bündnis 90“ in der DDR trat aus seiner Partei aus:

*„Die Zusammenarbeit von Bündnis 90/Die Grünen mit der PDS ist ein Verrat an den Ideen der friedlichen Revolution und den Menschen der Bürgerrechtsbewegung der DDR. Sie bedeutet einen weiteren Bruch des Assoziationsvertrages, der 1993 die Grundlage des Zusammengehens von westdeutschen Grünen und ostdeutschen Bürgerrechtlern war. Sie ist unvereinbar mit dem politischen Programm von Bündnis 90/Die Grünen. Durch diese Zusammenarbeit wird der antitotalitäre Konsens in Deutschland aufgekündigt und die Demokratie gefährdet – insbesondere im politisch labilen Ostdeutschland. Ich kann und will diese Politik nicht mitverantworten“*⁶

Die Schriftstellerin Katja Lange-Müller, die aus der DDR kommt und vor 1989 nach West-Berlin ging, versteht das Handeln der SPD nicht mehr:

*„Die SPD gibt sich im Osten vollständig auf. Warum soll im Osten noch einer SPD wählen, wenn die ohnehin mit der PDS koalieren will? Das alles wird die Spaltung zwischen Ost und West verschärfen. Das ist für mich alles völlig unbegreiflich.“*⁷

Eine Chance für Berlin sieht dagegen der ebenfalls aus der DDR kommende Schriftsteller Thomas Brüssig in der Einbeziehung der PDS, die für ihn „zu den interessantesten Parteien Deutschlands“ gehört. Er wirft dem Westen Denkfaulheit vor, die sich hinter der „Lüge, die Einheit heißt“ – so titelt die Süddeutsche Zeitung – verberge:

⁵ Ebenda.

⁶ Weiß, Konrad: Ein Verrat an den Idealen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 20.6.2001.

⁷ Der Spiegel, Nr. 26/2001 v. 25.6.2001, S. 186.

„Warum darf die PDS noch keine Partei wie jede andere Partei sein? Weil sie aus dem Osten kommt. Sie wird fast ausschließlich im Osten gewählt und ist dort auch entstanden, hervorgegangen aus der SED, von der sich die PDS mittlerweile soweit entfernt hat, dass sie der SPD zehnmal näher ist als der SED.“⁸

Generationsbedingt ist für Brüssig die Herkunft der PDS zu vernachlässigen, hat er doch nur noch den Verfall der Diktatur erlebt. Er vergisst den Kern der Geschichte zu erwähnen, was der PDS im Vergleich zur SED fehlt: Die PDS verfügt im Vergleich zur SED nicht mehr über totalitäre Macht in Staat und Gesellschaft und schon während der friedlichen Revolution 1989 konnte sich die SED-PDS nicht mehr auf die Sicherheitsgarantie der Sowjetischen Armee stützen. Der Autor ist dem unter Sozialwissenschaftlern und Künstlern populären Bild von den zwei Gesellschaften in Deutschland verhaftet und er möchte dem Westen eine notwendige Denkhilfe erteilen:

„Der Osten erscheint dem Westen fremd und bedrohlich, und so kommt keiner auf die Idee (und die PDS am wenigsten), dass die PDS mal das werden könnte, was die CSU bereits ist: eine politisch profilierte Regionalpartei, die manchmal schon recht eigentümlich daherkommt, aber im Ernstfall mitmachen kann.“⁹

In diesem Punkt irrt der Autor. Die PDS praktiziert längst direkte oder indirekte Regierungsbündnisse mit der SPD im Osten. Das in Berlin unter nationaler Anteilnahme durchgespielte Szenario vom linken Neuanfang zwischen SPD und PDS beschrieb Gregor Gysi bereits zu Beginn des Jahres:

„Es setzte sich in beiden Parteien die Entscheidung zugunsten einer indirekten bzw. direkten Regierungsbeteiligung durch; maßgeblich bei der SPD war das machtpolitische Kalkül, aus dem Zwangskorsett der großen Koalitionen mit der CDU in den Drei-Parteien-Systemen Ostdeutschlands auszusteigen.“¹⁰

Das Ziel war und ist es, sich über die Regierungsbeteiligungen im Osten, *„(...) als eine einfache ‚normale‘ Partei im bundesdeutschen Parteienspektrum links von der SPD zu etablieren*

⁸ Brüssig, Thomas: Die Lüge, die Einheit heißt. Die PDS in Berlin: Was ist daran schlimm?, in: Süddeutsche Zeitung v. 26.06.2001, S. 15.

⁹ Ebenda.

¹⁰ Gysi, Gregor: SPD und PDS. Die Partei des demokratischen Sozialismus will als „normal“ angesehen werden – und dann eine rosa-rote Koalition, in: Berliner Republik, Heft 1/ 2000, S. 49.

und die gerade in den alten Bundesländern vorhandenen Ressentiments und dem nach wie vor tief sitzenden Antikommunismus entgegenzuwirken.“¹¹

Die Krise der Berliner Landesbank eröffnete im Frühjahr 2001 SPD und PDS die Chance, die Vision einer Koalition von SPD und PDS insbesondere erstmals beim Wähler im Westen zu testen; das könnte die Generalprobe für die Bundestagswahl 2002 sein.

Am 17. Juni 2001 meldete Gregor Gysi seine Spitzenkandidatur für die PDS bei den Berliner Wahlen an, er wolle „Regierender Bürgermeister der Hauptstadt...) werden“¹²

Die Glaubwürdigkeit dieser Inszenierung Gysis wurde durch Äußerungen des stellvertretenden Parteivorsitzenden, Diether Dehm, konterkariert. Bei TV Berlin antwortete dieser auf die Frage, was seine Partei unter sozialistischer Transformation der Gesellschaft verstehe, wörtlich, „*unser Fernziel ist, Konzerne wie Daimler-Chrysler, BMW und Großbanken wie die Deutsche Bank zu vergesellschaften*“.¹³

Die strategische und symbolische Bedeutung des Berliner Wahlkampfes für die PDS ist deren Führungsspitze bewusst, es geht um die Akzeptanz im Westen der Stadt. Die Parteivorsitzende Gabi Zimmer hat es ausgesprochen:

„Und eines steht fest, der entscheidende Stein im Gemäuer des alten Westberlins, das ist nicht Machtkalkül und auch nicht Filz. Es ist das Ressentiment, das Vorurteil des Kalten Krieges. Gelingt es Euch in Berlin, gelingt es auch im alten Bundesgebiet, die mentale Blockade gegen die PDS zu überwinden.“¹⁴

Es ist die Geschichte der demokratischen Selbstbehauptung von West-Berlin gegen die kommunistische Bedrohung, es ist die Erinnerung an den Hunger während der sowjetischen Blockade der westlichen Sektoren der Stadt 1948/49, die Luftbrücke, den 17. Juni 1953, die Berlin-Krise 1958, die Flüchtlinge aus der DDR und den Mauerbau 1961, die Schikanen auf den Transitwegen und schließlich die Selbstöffnung der Mauer durch die Berliner am 9. November 1989. Offenbar erwacht die PDS. Sie fürchtet, die Gegenwart dieser Geschichte könnte das Ziel der PDS durchkreuzen. Gysi versucht diese offene Flanke offensiv abzu-

¹¹ Ebenda.

¹² „Ich stehe für Brücken - nicht für Mauern“, Erklärung von Gregor Gysi anlässlich der Pressekonferenz am 17.6.2001, in: Pressedienst der PDS, Nr. 25/2002 v. 18. Juni 2001.

¹³ BZ v. 14.6.2001, S. 2.

¹⁴ Rede der PDS-Vorsitzenden Gabi Zimmer beim außerordentlichen Berliner Landesparteitag am 15.6. 2001.

schirmen. Er fordert in seiner Erklärung zum einen die kritische Aufarbeitung der „Geschichte der Stadt“, aber mit „Blick auf die Zukunft“, um gleichzeitig für ein Erinnerungsverbot im Wahlkampf zu werben:

„Die Zeit des Kalten Krieges und der Frontstadtideologie müssen für immer vorbei sein.“¹⁵

Der 1989 beim außerordentlichen Parteitag der SED als Nachfolger von Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl, Walter Ulbricht, Erich Honecker und Egon Krenz zum Vorsitzenden der in SED/PDS umbenannten Partei gewählte Gysi verlangt einen Schlußstrich unter die diktatorische Politik der Kommunisten während der deutschen Teilung zu ziehen. Erst wenn dieser Schlußstrich öffentlich akzeptiert ist, spielt die Frage nach Schuld, Verstrickung und Verantwortung in der kommunistischen Diktatur in der DDR für die Fortsetzungspartei der SED und ihre Repräsentanten keine Rolle mehr. Das gilt auch für Gysi persönlich. 1998 überprüfte der Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages den Abgeordneten Dr. Gregor Gysi in Bezug auf eine Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR. Der Ausschuss hat *„am 8. Mai 1998 eine inoffizielle Tätigkeit des Abgeordneten Dr. Gregor Gysi für das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik als erwiesen festgestellt.“¹⁶*

Wann immer Gysi als Inoffizieller Mitarbeiter bezeichnet wurde, ist er gerichtlich dagegen vorgegangen beziehungsweise hat er ein gerichtliches Vorgehen angedroht. In einem Interview mit dem Deutschlandradio Berlin hat der SPD-Bundestagsabgeordnete Dieter Wiefelspütz, 1998 Vorsitzender des Ausschusses, sich aus aktuellem Anlass nochmals zur Zusammenarbeit Gysis mit der Stasi geäußert: Frage (Deutschlandradio Berlin): *„Ich würde Sie gerne konfrontieren mit der Aussage von Gysi selbst heute in einem ausführlichen Gespräch mit der TAGESZEITUNG. Auf die Feststellung: "Sie sind ein Stasispitzel" sagte er wörtlich: "Das war ich weiß Gott nie, das ist auch durch mehrere Gerichtsurteile bestätigt worden; aber das scheint einige Kämpfer der Rechtsstaatlichkeit nicht zu interessieren". Antwort (Wiefelspütz): „Ich habe die (...) Überzeugung, dass Gysi, was seine eigene Vergangenheit in der DDR angeht, nicht ehrlich ist, um es nicht deutlicher auszudrücken. Er ist nicht ehrlich, er hat ... den wichtigsten Prozess, den er geführt hat in Karlsruhe vor unserem*

¹⁵ „Ich stehe für Brücken – nicht für Mauern“, Erklärung von Gregor Gysi anlässlich der Pressekonferenz am 17.6.2001, a.O.

¹⁶ Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung zu dem Überprüfungsverfahren des Abgeordneten Dr. Gregor Gysi gemäß § 44 b Abs. 2 Abgeordnetengesetz. Bundestags-Drucksache 13/10893, S. 3.

*höchsten deutschen Gericht, verloren, voll und ganz verloren, und wenn er jetzt dazu in der TAZ dieses sagt, ist dies ein typischer Beleg dafür, dass er mit vielen Worten um die Wahrheit herumredet.*¹⁷

Welche Rolle Gysi in der Bearbeitung der Opposition gespielt hat, hat der Bundestagsausschuss festgehalten:

*"Dr. Gregor Gysi hat in der Zeit seiner inoffiziellen Tätigkeit Anweisungen seiner Führungsoffiziere über die Beeinflussung seiner Mandanten ausgeführt und über die Erfüllung seiner Arbeitsaufträge berichtet. Er hat sich hierauf nicht beschränkt, sondern auch eigene Vorschläge an das MfS herangetragen. Dr. Gysi hat seine herausgehobene berufliche Stellung als einer der wenigen Rechtsanwälte der DDR genutzt, um als Anwalt auch international bekannter Oppositioneller die politische Ordnung in der DDR vor seinen Mandanten zu schützen. Um dieses Ziel zu erreichen, hat er sich in die Strategie des MfS einbinden lassen, selbst an der operativen Bearbeitung von Oppositionellen teilgenommen und wichtige Informationen an das MfS weitergegeben. Auf diese Erkenntnisse war der Staatssicherheitsdienst zur Vorbereitung seiner Zersetzungsstrategien dringend angewiesen. Das Ziel dieser Tätigkeit unter Einbindung von Dr. Gysi war die möglichst wirksame Unterdrückung der demokratischen Opposition in der DDR."*¹⁸

Zur Begründung ihrer Forderung nach einem Schlußstrich unter die SED-Diktatur verlangt die PDS seit 1990 einen „*differenzierten Umgang mit ostdeutschen Biographien*“ und ein Ende politischer Ausgrenzung.¹⁹

Das Ziel ist mit Blick auf die Teilungsgeschichte „Gleichbehandlung“ der Biographien von Kadern der kommunistischen Diktatur und demokratischen Politikern der Bundesrepublik. Was mit solchen Forderungen gemeint ist, demonstrierten im Frühjahr 2001 ehemalige Generale und Obristen des MfS in einer Erklärung, in der sie einen „*Schlußstrich*“ und ein Ende der „*Diskriminierung der inoffiziellen Mitarbeiter des MfS*“ fordern. Waren doch die IMs des MfS bereit, „*durch ihre konspirative Tätigkeit zum Schutz des Friedens und zur Schaffung einer sozial gerechten Gesellschaft beizutragen. Ihnen gehört unsere solidarische Verbundenheit*“.²⁰

¹⁷ Deutschlandradio Berlin v. 25.6.2001.

¹⁸ Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, a.a.O.

¹⁹ Bisky, Lothar: Rede des Vorsitzenden auf dem Wahlparteitag der PDS, Rostock, am 3.4.1998, Manuskript.

Die MfS-Offiziere, die Kämpfer an der unsichtbaren Front, treten auf als Kombattanten im Kalten Krieg, den sie verloren haben. Sie bestehen darauf, einen ehrenvollen Dienst zum Schutz und für die Sicherheit der DDR ausgeübt zu haben. Sie bestehen darauf, dass wer „die Angriffe von außen“ auf die DDR ignoriere, *„leugnet, dass die Auseinandersetzungen zwischen Sozialismus und Kapitalismus geführt wurden, wer leugnet, dass es um die Frage, WER-WEN ging, der versteht von der Geschichte nichts.“*²¹

Dazu passt, dass die Fraktionsvorsitzende der PDS im Landtag von Sachsen-Anhalt, Petra Sitte, sich geweigert hat, die DDR als Unrechtsstaat zu bezeichnen, dabei kann sie sich auf das gültige PDS-Programm beziehen, in dem gefordert wird *„die Berechtigung und Rechtmäßigkeit einer über den Kapitalismus hinausgehenden Entwicklung auf deutschem Boden zu verteidigen“*²².

Gerade dieses offensive Auftreten der ehemaligen Generäle des MfS und verschiedener PDS-Politiker schafft Klarheit für die Gegner der PDS, was auch gemeint ist, wenn die PDS-Vorsitzende Gabi Zimmer formuliert:

*„Am Verhältnis der Berliner Republik zur PDS entscheidet sich das Verhältnis dieser Republik zum Osten Deutschlands.“*²³

Bis 1989 maßte sich die SED an, für „unsere Menschen“ in der DDR zu sprechen, 2001 spricht die PDS in der gleichen Tonlage - ungeachtet der Tatsache, dass die Mehrheit der Menschen in den neuen Bundesländern die PDS nicht wählt.

Gegen einen Schlußstrich ist die PDS, wenn es um die Erbschaft der nationalsozialistischen Diktatur in der deutschen Hauptstadt geht. Gregor Gysi drückt es so aus:

*„Nie wieder dürfen die Möglichkeiten dieser Stadt durch Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zerstört oder durch irgendeine Form von Diktatur beeinträchtigt werden.“*²⁴

²⁰ Junge Welt v. 23.4.2001.

²¹ Junge Welt v. 20.4.2001.

²² Partei des Demokratischen Sozialismus: Programm. - Berlin 1993, S. 8.

²³ Rede der PDS-Vorsitzenden Gabi Zimmer, a.a.O.

²⁴ Erklärung von Gregor Gysi anlässlich der Pressekonferenz am 17.6.2001, a.a.O.

Diese Ziele werden von allen demokratischen Parteien geteilt. Sie ermöglichen somit der PDS, sich als „normale Partei“ im Verfassungsbogen des Grundgesetzes medial darzustellen. Es ist aber nicht nur politische Rhetorik, um die es Gysi hierbei geht. Mit dieser Argumentation soll ein selektives Geschichtsverständnis mit Blick auf die deutsche Diktaturgeschichte des 20. Jahrhunderts etabliert werden. Im Gegensatz zum geforderten Schlußstrich unter die kommunistische Diktatur darf es eine Historisierung des Nationalsozialismus nicht geben, sie bleibt politisch aktuell, um der PDS Brücken zu bauen für ihre Rückkehr an die Macht in Deutschland.

Politik ist Zukunftsgestaltung, aber sie wurzelt in der Geschichte. Die PDS ist sich dieses Sachverhaltes sehr wohl bewusst. Während sie nicht müde wird, von ihren politischen Gegnern zu fordern, die Geschichte der SED-Diktatur ruhen zu lassen, befestigt sie Eckpunkte eines Geschichtsverständnisses der deutschen Teilung, indem die Bundesrepublik und die DDR gleichgesetzt werden und somit die Grundfrage des Kalten Krieges in und um Deutschland verwischt wird: Demokratie oder Diktatur! Das Vorgehen der PDS unterstreicht die Auseinandersetzung um die deutsche Teilungsgeschichte als eine identitätsstiftende Funktion für das vereinigte Land.

II. Die PDS-Gründungslegende

Die PDS tritt heute als demokratische Partei ohne Vergangenheit auf. Im Entwurf des Parteivorstandes für das neue Programm wird die PDS als eine Art sozialistische Union beschrieben:

„Die PDS versteht sich selbst als einen Zusammenschluss unterschiedlicher linker Kräfte. Ihr Eintreten für einen demokratischen Sozialismus ist an keine bestimmte Weltanschauung, Ideologie oder Religion gebunden, sie ist eine pluralistische Partei ...“²⁵

Ausdrücklich wird Minderheiten das Recht eingeräumt, ihre Ansichten im Rahmen von Programm und Statut der Partei zu vertreten. Dieses auf den ersten Blick geradezu liberal anmutende Selbstverständnis innerparteilicher Pluralität wird mit Blick auf die Akzeptanz von Demokratie durch eine andere Passage des Programms, in der es um die Tradition der Partei geht, relativiert:

²⁵ Programm der PDS. Entwurf, in: Pressedienst der PDS, Nr. 17/2001, S. 23 f.

„Dem Erbe von Marx und Engels, den vielfältigen Strömungen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung sowie anderen revolutionären und demokratischen Bewegungen kritisch verbunden und dem Antifaschismus verpflichtet, will sich die PDS bundesweit als politikfähige sozialistische Alternative profilieren“²⁶

Entstanden sei die Partei *„in den politischen Umbrüchen des Herbstes 1989 aus dem Protest von SED-Mitgliedern gegen das Politbüro und aus dem Willen, vollständig mit den Inhalten und Erscheinungen stalinistischer und nachstalinistischer Entstellungen der sozialistischen Idee zu brechen.“²⁷*

Diese Beschreibung ist eine Legende und stimmt mit den Fakten des Jahres 1989 nicht überein.

Gewohnt an den äußeren Schutz durch die Sowjetunion und das Funktionieren des MfS im Innern war die SED-Führung 1989 unfähig zur Selbstreform, sogar dann, als sie von der sowjetischen Führung dazu ermuntert wurde. Erst im Herbst 1989, als ihre sozialistischen Untertanen auf den Straßen und Plätzen sich zu Bürgern emanzipierten, und nachdem die Leipziger Montagsdemonstration am 9. Oktober 1989 die Demonstrationsfreiheit in der DDR durchsetzte, zwang das SED-Zentralkomitee seinen Generalsekretär zum Rücktritt. Sein Nachfolger wurde der ZK-Sekretär für Sicherheit Egon Krenz, dem es nicht mehr gelang, die Lage in der Partei zu stabilisieren. Mit dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 wandelte sich der demokratische Aufbruch in der DDR zur deutschen Einheitsbewegung, in der es nun um die Auflösung der DDR als Staat ging.

Erst in dieser Situation wagten die veränderungsbereiten Kader in der SED, für eine grundlegende Reform in ihrer Partei einzutreten. Verhindert wurde der Untergang der SED im Dezember 1989 aber nicht durch den Protest von Mitgliedern, sondern von der zweiten Führungsebene der SED. Die Bezirkssekretäre installierten auf der letzten ZK-Sitzung der SED ohne Beachtung des Parteistatuts einen „Arbeitsausschuss“, der als provisorische Parteiführung fungierte und die Aufgabe hatte, einen außerordentlichen „Erneuerungs- Parteitag für die SED zu organisieren. Zu seinen Mitgliedern gehörten neben Markus Wolf, jahrzehntelang

²⁶ Ebenda, S. 24.

²⁷ Ebenda, S. 19.

Chef der Hauptverwaltung Aufklärung im MfS, und zugleich Stellvertreter von Minister Erich Mielke, Gregor Gysi und Lothar Bisky.

Als der außerordentliche Parteitag der SED im Dezember zusammentrat, kamen viele Delegierte mit einem gebundenen Mandat ihrer Grundorganisation nach Berlin, die SED aufzulösen. Die Sicherung der Existenz der DDR war das zentrale Argument, mit dem der „Arbeitsausschuss“ diesen Delegierten entgegentrat. Der letzte SED-Ministerpräsident der DDR, Hans Modrow, sicherte über den Staatsapparat, in dem die SED im Dezember 1989 die Schlüsselpositionen flächendeckend besetzt hielt, den der Partei verbliebenen Handlungsspielraum in der DDR. Er benötigte in der Volkskammer eine ihn stützende Partei. Seine Forderung, die SED nicht aufzulösen, begründete er mit einer unangreifbaren Autorität: Michail Sergejewitsch Gorbatschow habe ihm in Moskau *„mit allen Ernst die Frage gestellt: „Werdet ihr die Partei retten? Werdet ihr klug genug sein? Wenn ihr das nicht schafft – auch die Perestroika hängt mit dran. Die Sowjetunion sieht in uns einen Verbündeten, aber auch einen Partner, von dem sie selber in ihrem Verständnis der Entwicklung in der UdSSR abhängt. Viele Kommunisten in der Sowjetunion sind mit unserem Land verbunden und sie erwarten, dass wir auch die Deutsche Demokratische Republik durch das Wirken unserer Partei retten. Ich muss hier in aller Verantwortung sagen: Wenn bei der Schärfe des Angriffs auch unser Land nicht mehr regierungsfähig bleibt, weil mir, dem Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, keine Partei zur Seite steht, dann tragen wir alle Verantwortung dafür, wenn dieses Land untergeht!“*²⁸

Wenige Tage zuvor hatte Bundeskanzler Helmut Kohl sein 10-Punkte-Programm über den Weg zur deutschen Einheit vorgelegt. Gysi schreckte die Delegierten mit den Folgen, die eine Einheit Deutschlands heraufbeschwören würde:

„Natürlich brauchen wir gute Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland und natürlich sind wir auch daran interessiert, eine Vertragsgemeinschaft auszugestalten. Aber was wir ganz und gar nicht brauchen können, ist ein Großdeutschland (...). Es geht um ein gemeinsames europäisches Haus und nicht um einen deutschen Sonderweg. Und wir müssen das ganz deutlich erkennen, was das bedeuten würde. Nicht nur, dass wir das Armenhaus der Bundesrepublik werden würden oder ihr Südtalien. Es würde außerdem bedeuten, dass das ein Sieg der deutschen Rechten wäre und zwar ein totaler. Die deutsche Linke wäre völlig ins Jenseits

gedrückt, einschließlich der SPD, auch wenn sie es noch nicht erkannt hat. Es würde ein nationalistischer Taumel losgehen mit dem Ergebnis, dass natürlich die ehemals deutschen Gebiete Polens gefordert werden würden, und mit dem Ergebnis, dass die Alliierten und die anderen europäischen Mächte vor der Frage stünden: Nachgeben? Nicht nachgeben? Hatten wir alles schon einmal! Und wir müssen genauso deutlich sehen, dass, wenn die erste Grenze in Europa fällt, auch andere Grenzen kaum noch Bestand haben.“²⁹

Hier zeigte sich bereits damals die Fähigkeit Gysis, selbst in aussichtsloser Lage durch einen kühnen politischen Vorstoß das eigene Lager zu stabilisieren und im Gegenangriff politikfähig zu bleiben. Gestützt auf die sowjetische Existenzgarantie für die DDR als Staat, ein Horrorszenario über die Vereinigungspolitik der Bundesrepublik stilisierte er die SED/PDS als Hüterin des europäischen Friedens. Im Januar 1990 versuchte die SED mit einer antifaschistischen Offensive nicht nur die Existenz des MfS in Gestalt des Amtes für nationale Sicherheit zu retten, sondern auch in der DDR eine Mehrheit für die Eigenständigkeit des Landes zu formieren. Unabdingbare Voraussetzung der Erneuerung der SED war für den „Arbeitsausschuss“ der demonstrative Bruch „mit den stalinistisch geprägten Grundstrukturen der SED“.³⁰

Der letzte Parteitag der SED, auf dem zugleich die SED-PDS entstand, änderte die marxistisch-leninistische Parteikonzeption. Dies hing mit dem Ende der SED als totalitäre Staatspartei zusammen. Im formalen Aufbau der Partei, der Zulassung von Strömungen und der Einführung der geheimen Wahl der Vorstände, orientierten sich die SED-Reformer an der Satzung der sozialdemokratischen Partei, um die SED zu reorganisieren. Der eigentliche konzeptionelle Bruch mit den leninistisch-stalinistischen Parteitraditionen des „demokratischen Zentralismus“ der SED bestand in einer dramatischen Entlassungswelle von hauptamtlichen Parteisekretären und einer neuen Funktionsbestimmung des Apparates. Zukünftig sollte er reine Dienstleistungsfunktionen für die gewählte politische Führung ausüben.

Die Rettung der DDR gelang der SED/PDS nicht. Ende Januar 1990 gab die sowjetische Parteiführung ihren Widerstand gegen die deutsche Vereinigung auf und Modrow selbst trat nun

²⁸ Ausführungen von Hans Modrow auf der geschlossenen Sitzung des ersten Beratungstages, in: Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS, 8./9. und 16./17. Dezember, Materialien. - Berlin (Ost) 1990, S. 31.

²⁹ Hornbogen, Lothar/Nakath, Detlev/Stephan, Gert-Rüdiger (Hrsg.): Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin. - Berlin 1999, S. 301 f.

³⁰ Für einen alternativen demokratischen Sozialismus. Diskussionsstandpunkt des Arbeitsausschusses, in: Behrend, Manfred/Meier, Helmut (Hrsg.): Der schwere Weg der Erneuerung. Von der SED zur PDS. Eine Dokumentation. - Berlin 1991, S. 250.

für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten ein. Nach dem Verlust der Existenzgarantie durch die Sowjetunion hing die weitere Existenz der SED/PDS von ihrem Abschneiden bei den Volkskammerwahlen 1990 ab. Den Trennungsstrich zur gestürzten Diktaturpartei SED sollte eine Namensänderung markieren, aus der SED-PDS wurde nun endgültig die PDS, die erstmals in der Volkskammerwahl in einen wirklichen Wahlkampf ziehen musste, um sich dem Votum der Wähler zu stellen. Die PDS zog in den Wahlkampf als Interessenwahrer der DDR-Bürger und als Gegner der westdeutschen Vereinigungspolitik. Die PDS erreichte bei der Volkskammerwahl vom 18. März DDR-weit 16,3 % aller Stimmen und zog mit 66 Abgeordneten in das Parlament ein. Sie lehnte die Vereinigungspolitik der Bundesrepublik ab, ohne sie verhindern zu können.

III. Die Legende von der gesamtdeutschen Partei

Gegen ihren Willen kam die PDS im vereinigten Deutschland als „Partei aus dem Osten“ an. Der Programmentwurf der Parteiführung verbreitet auch über die Entstehung der PDS als gesamtdeutscher Partei eine Legende. Behauptet wird, dass im Herbst 1989, als es in der DDR noch um eine „Reform“ ging, man sich in der SED-PDS entschieden habe, „für eine organisierte Zusammenarbeit von Sozialistinnen und Sozialisten aus Ost- und Westdeutschland“.³¹

Erst im August 1990 formierte die PDS in der Bundesrepublik eine offene Liste für die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl im Dezember des Jahres. Mit ihrer offenen Liste dachte sie als Magnet für die sozialistische Linke in der Bundesrepublik aufzutreten und zielte dabei offen auf Teile der SPD und der Grünen. Dieser Ansatz war wenig erfolgreich. Es gelang aber der PDS, eine Reihe von Mitgliedern ehemaliger K-Gruppen und der DKP zu gewinnen. Einige von ihnen rückten in Führungsfunktionen auf, wie zum Beispiel der frühere DKP-Funktionär Wolfgang Gehrcke, heute stellvertretender Vorsitzender der PDS-Bundestagsfraktion. Bis heute gilt: „Von den Linksextremisten aus Autonomen, K-Gruppen und RAF-Umfeld in ihren Reihen will sich die PDS aber nicht trennen. Im Gegenteil: Sie kennt gegenüber diesen Gruppen keine Berührungängste, weil die gemeinsame ‚revolutionäre‘ Identität verbindet und es sich um die einzig verfügbaren Kader im Westen handelt“.³²

³¹ Programm der PDS. Entwurf, S. 3.

Die Strategie, eine sozialistische Union für Gesamtdeutschland aufzubauen und ein Spektrum von Zielgruppen von den Autonomen bis zur SPD anzusprechen, führt immer wieder zum Streit zwischen den verschiedenen Lagern innerhalb der PDS. Der Streit dreht sich - wie Patrick Moreau zutreffend feststellt - „nur vordergründig um ‚Ideologie‘, im Grunde geht es um die richtige Methode des politischen Kampfes“.³³

Einer der wichtigsten Streitpunkte zwischen den Lagern in der PDS ist das Verhältnis von einer Strategie des Machterwerbs über das Parlament und einer von den westdeutschen Mitgliedern, die aus dem linksextremistischen Spektrum stammen, bevorzugten Strategie des außerparlamentarischen Kampfes. Somit hat diese „normale Partei“ ein Doppelgesicht: Im Osten des Landes strebt sie in Koalitionen mit der SPD die Rückkehr in Regierungsverantwortung auf Landesebene an. Das schließt im Westen, wo die PDS nicht in Landtagen vertreten ist, die aktive Beteiligung an außerparlamentarischen Aktionen nicht aus. Die PDS begnügt sich eben nicht damit, eine Regionalpartei Ost zu sein, um sich als Juniorpartner mit der SPD zu arrangieren.

Nur wenige Tage, nachdem die PDS in Berlin indirekt an der Regierungsverantwortung beteiligt wurde, rief die PDS-Vorsitzende im Internet zur Beteiligung an den Demonstrationen gegen den G 8-Gipfel in Genua vom 20. bis 22. Juli auf. Nach den Erfahrungen mit dem gewalttätigen Demonstrationstourismus beim EU-Gipfel in Göteborg einige Wochen zuvor führte dies zu einem Eklat, der die Doppelstrategie der PDS schlaglichtartig verdeutlichte. Bundesinnenminister Otto Schily erklärte in der Bildzeitung "Der Aufruf von Frau Zimmer zeigt, dass die PDS immer noch den alten antikapitalistischen Parolen hinterherläuft. Leider ist auch nicht die geringste Distanzierung von den Gewalttätern erkennbar."³⁴ Die Frage von Bild, ob die PDS auch weiterhin vom Verfassungsschutz beobachtet werden müsse, bejahte Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) eindeutig.

IV. Programmatischer „Imagewechsel“

Mit der indirekten Einbeziehung der PDS in die Regierungsverantwortung des rot-grünen Übergangssenats in Berlin bekommt die Programmatik dieser "normalen" Partei eine ganz

³² Moreau, Patrick: Linksextremistisches Gefährdungspotential im geeinten Deutschland, in: Striefler, Christian/Templin, Wolfgang (Hrsg.): Von der Wiederkehr des Sozialismus – Die andere Seite der Wiedervereinigung. - Berlin, Frankfurt/ Main 1996, S. 59.

³³ Ebenda.

³⁴ Bildzeitung v. 27.6.2001.

andere Bedeutung als zuvor. Das Doppelgesicht der PDS prägt auch die Debatte um ihr Parteiprogramm.

Politik ist Zukunftsgestaltung. Der Prüfstein für die politischen Alternativen, für die Parteien stehen, sind ihre Programme. Am 27. April 2001 legte die PDS-Vorsitzende Gabi Zimmer den Entwurf für ein neues Parteiprogramm der PDS vor. Es soll nach dem Willen der Parteiführung die Grundlage liefern für eine sozialistische Politik, um die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Union „zu verändern“. Dem Entwurf der Parteiführung folgten zwei weitere.

Zeitgleich mit Gysis Überlegungen über die kooperative Konkurrenz zwischen SPD und PDS, die er im Januar in der von SPD-Bundestagsabgeordneten herausgegebenen Zeitschrift "Berliner Republik" publizierte, gab die Parteivorsitzende den Auftrag, einen Entwurf für das neue Parteiprogramm zu schreiben. Die politische Absicht hinter diesem Vorgehen war klar:

Im Vorfeld der Bundestagswahl 2002 kommt es darauf an, die Programmatik der Partei semantisch auf Koalitionsfähigkeit mit der SPD auszurichten. In diesen Zusammenhang gehören auch die "Entschuldigungen" der PDS-Vorsitzenden bei der SPD für die Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED 1946 vom Frühjahr 2001. Der heutige Vorsitzende der PDS-Bundestagsfraktion Roland Claus sprach schon frühzeitig aus, worum es seiner Partei in der Programmdiskussion gehen müsse: Um Imagewechsel: *„Die vordringlichste Aufgabe besteht für die PDS in den Jahren bis 2000/1 sicherlich darin, einen behutsamen Imagewechsel einzuleiten.“*³⁵

Auch die erwartete Kritik aus den Reihen der Wächter der reinen Lehre stellte sich ein. So warf Georg Fülberth, Politikwissenschaftler aus Marburg und Mitglied der DKP, der PDS-Führung vor, sie wolle *„in Wirklichkeit kein neues Programm, sondern ein Vorzeigepapier im Wahlkampf“*. Handwerklich kritisierte Fülberth am Vorstandsentwurf, dass sich seine Autoren nicht entscheiden konnten, *„was sie schreiben wollten: Eine vorläufige Sammlung von Beobachtungen über die gegenwärtige Welt, eine Hymne, ein Essay oder vielleicht doch ein Programm. An letzteres erinnert die Vorlage am wenigsten.“*³⁶

³⁵ Claus, Roland: Die PDS und die anderen. Parlamentarische Arbeit zwischen Ausgrenzung, Wettbewerb und Kooperation, in: Utopie kreativ. Sonderheft zur PDS-Programmdiskussion 2000, S. 10-14 (14).

³⁶ Fülberth, Georg: Ankunfts-Potpourri. Kurzer Lehrgang für angewandte Realpolitik, 7. Folge: Das Programm, in: Konkret, Nr. 7/2001, S. 30.

Der zuerst vorgelegte Entwurf stammt vom Europaabgeordneten André Brie, seinem Bruder Michael, dem Vorsitzenden der PDS-nahen Rosa-Luxemburg-Stiftung, und Dieter Klein, dem Vorsitzenden der PDS-Grundsatzkommission. Alle drei gehören zu den Mitautoren der programmatischen Erklärungen der PDS seit dem außerordentlichen Parteitag der SED von 1989.

Mit dem Entwurf wollte die Parteiführung das programmatische Erscheinungsbild der PDS frühzeitig präjudizieren, was ihr in der Öffentlichkeit auch partiell gelang. Innerparteilich war es eine Vorgabe, um die Debatte zu domestizieren, entscheiden wollte man dann über das Programm im Jahre 2003. Einen indirekten Hinweis auf die politische Zwecksetzung liefert eine von der Rosa-Luxemburg-Stiftung organisierte Debatte zwischen Dieter Klein, Michael Brie und Thomas Meyer, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Grundwertekommission der SPD, - er war schon 1987 an dem gemeinsamen Papier von SPD und SED über den "Streit der Ideologien" beteiligt. Der euphemistische Bericht über diese Veranstaltung in der von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebenen Zeitschrift "Das Parlament" vermittelte genau die Botschaft, auf die es der PDS-Spitze ankommen musste. Meyer propagierte, dass die PDS "in puncto rechtsstaatliches Verständnis und bei der Bewältigung der eigenen Vergangenheit" in der Bundesrepublik "angekommen ist".³⁷

Das Vorhaben, die innerparteiliche Debatte an den Vorstandsentswurf zu binden, scheiterte. Im Mai lag ein Gegenentwurf vor. Dieser wurde von Monika Balzer, der Sprecherin der Kommunistischen Plattform Hamburg, Ekkehard Lieberam, dem Sprecher des Marxistischen Forums Leipzig, der niedersächsischen PDS-Vorsitzenden Dorothee Menzner und dem Bundestagsabgeordneten Winfried Wolf verfasst. In der Vorbemerkung ihres Entwurfs erhoben sie den Vorwurf, dass der Vorstandsentswurf ohne Diskussion in der gewählten Programmkommission zustande gekommen sei. Im Unterschied zum Entwurf des Parteivorstandes enthält der Entwurf 2 ein "15-Punkte-Programm für eine Reformalternative", das sich auf Positionen von Gewerkschaften, Umweltverbänden, "Antifa-Gruppen" etc. gründet und nach Vorstellung der Autoren der PDS als Prüfstein für eine Regierungsbeteiligung auf Bundesebene dienen soll.³⁸ Auf das 15-Punkte-Programm wird abschließend eingegangen.

³⁷ Kaufmann, Tobias: Wo eine Vision fehlt, werden die Menschen leer, in: Das Parlament v. 15. 6. 2001.

³⁸ Vgl. Programm der PDS. Alternativer Entwurf, in: Pressedienst der PDS, Nr. 23/2001 v. 8.6.2001, S. 2-18 (2). Im Pressedienst der PDS wurde Entwurf 2 kurze Zeit später mit einer veränderten Vorbemerkung veröffentlicht, in der sich die Formulierung "formuliert konkrete Bedingungen, unter denen eine Regierungsbeteiligung der PDS auf Bundesebene vertretbar ist" nicht mehr enthalten ist. Im Pressedienst ist nur noch von "Wahlkampf" die Rede (PID, S. 2).

Ein dritter Entwurf, der von zwei Mitgliedern des Landesvorstands der PDS Niedersachsen vorgelegt wurde, versucht Teile der Entwürfe 1 und 2 sowie des Programms von 1993 zusammenzuführen. Dieser spielt jedoch bislang in der innerparteilichen Diskussion keine Rolle. Ob er zu einem späteren Zeitpunkt als Kompromissvorschlag dienen kann, ist offen.³⁹

V. Programmgeschichte seit 1989

In der Programmgeschichte der PDS soll das kommende Programm eine endgültige Positionsbestimmung der Partei in der Bundesrepublik liefern. Es soll die PDS in die Lage versetzen, sich am Projekt der "demokratischen Linken in Europa", einer "sozialistischen Zukunftsgesellschaft"⁴⁰ beteiligen zu können. Und schließlich soll das Programm die Erfahrungen mit den gescheiterten sozialistischen Staaten verarbeiten, ohne eine negative Abgrenzung zur Diktatur der SED vorzunehmen. Hier will die PDS weiterhin Rücksicht auf "ostdeutsche Biographien" nehmen.

Es ist das dritte Programm in der Parteigeschichte und das erste, bei dem der Anpassungsdruck, das Überleben der Partei sichern zu müssen, nur noch bedingt besteht. Das erste Programm nahm der Wahlparteitag der PDS am 25. Februar 1990 an. Zu diesem Zeitpunkt waren international die Würfel für die deutsche Einheit und die Auflösung der DDR grundsätzlich schon gefallen. Die PDS musste die eingetretenen Veränderungen anerkennen und sich mit Blick auf den Vereinigungsprozess beider deutscher Staaten positionieren. Zu einem Zeitpunkt, als ihre Rolle in der Opposition selbst in der DDR absehbar war, forderte sie Veränderungen auch in der Bundesrepublik: *"Die Bundesrepublik kann ihr gegenwärtiges politisches und parlamentarisches System der DDR nicht einfach aufzwingen. ... Unsere Partei wirkt dafür, dass ein Aufeinanderzugehen der Deutschen in einem Reformprozess in Ost und West zu einer demokratischen, sozial gerechten, ökologisch orientierten und solidarischen Gesellschaft auf deutschem Boden und in ganz Europa beiträgt."*⁴¹ Noch einmal bekräftigte die PDS das Bündnis mit der Sowjetunion und die engen *"und freundschaftlichen Beziehungen zwischen KPdSU und PDS"*.⁴²

³⁹ Eckpunkte sozialistischer Programmatik. Ein Beitrag zur programmatischen Debatte in der PDS – und ein dritter Entwurf, in: Pressedienst der PDS, Nr. 23/2001 v. 8.6.2001, S. 18-28.

⁴⁰ Zimmer, Gabi: Mehr PDS und nicht weniger. Mehr Sozialismus und nicht weniger, in: Pressedienst der PDS, Nr. 18/2001 v. 4.5.2001, S. 2 f. (2).

⁴¹ Programm der PDS, in: PDS: Dokumente, Standpunkte, Materialien. - Berlin (Ost) 1990, S. 5-23 (20).

⁴² Ebenda. S. 22.

1993 gab sich die PDS ihr erstes gesamtdeutsches Programm. Vorangegangen waren kontroverse Diskussionen zwischen den unterschiedlichen Parteiflügeln. Man einigte sich auf Formulierungen, die vieles offen ließen, interpretationsfähig waren und dadurch für die heterogene Partei integrierend wirken konnten. André Brie räumt selbstkritisch ein, dass die PDS 1993 nicht in der Lage war, "realistische und zukunftsorientierte Positionen zu einer ganzen Reihe strategischer Probleme dieser Gesellschaft zu formulieren".⁴³

Gerade die Mitglieder und Wähler der PDS in den neuen Bundesländern waren von der Transformation im Vereinigungsprozess besonders betroffen. Sie mussten sich oftmals mit der Frage eines vergeblichen Lebens auseinandersetzen. In dieser Situation kam es der PDS vor allem darauf an, die Legitimität der DDR und ihres gescheiterten Sozialismus gegenüber der Bundesrepublik zu verteidigen:

*"Millionen Menschen setzten sich nach 1945 für den Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung und für ein friedliebendes Deutschland in Überwindung des faschistischen Erbes ein. Dies bedarf keiner Entschuldigung. Die antifaschistisch-demokratischen Veränderungen im Osten Deutschlands und später das Bestreben, eine sozialistische Gesellschaft zu gestalten, standen in berechtigtem Gegensatz zur Rettung des Kapitalismus in Westdeutschland, der durch die in der Menschheitsgeschichte unvergleichlichen Verbrechen des deutschen Faschismus geschwächt und diskreditiert war."*⁴⁴

Diese Position wurde auch in den Vorstandsentswurf 2001 übernommen.⁴⁵

VI. Das Ziel Sozialismus

Sozialismus bleibt für die PDS das Ziel, darin sind sich die vorliegenden Entwürfe einig. Die Sprache des Vorstandsentwurfs, mit der dieses Ziel beschrieben wird, orientiert sich bewusst an der Prosa von Rosa Luxemburg, mit der sie das Endziel im Gründungsprogramm der KPD von 1918 umschrieb. Damals trennten sich die Kommunisten von der deutschen Sozialdemokratie.

⁴³ Brie, André: Ein Bruch in der Programmatik und Politik, aber kein Bruch in der Entwicklung der PDS, in: Pressedienst der PDS; Nr. 18/2001 v. 4.5.2001, S. 4 f. (4).

⁴⁴ PDS: Programm. - Berlin 1993, S. 6.

⁴⁵ Vgl. Programm der PDS. Entwurf, S. 22.

Im Kern geht es 2001 im Vorstandsentswurf um die Verknüpfung von individuellen Freiheits- und sozialen Grundrechten, die in der gegenwärtigen sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik für die Mehrheit angeblich nicht gelten beziehungsweise durch die Auswirkungen der Globalisierung auf die Volkswirtschaften substantiell bedroht sind. Die PDS-Führung versteht in ihrem Entwurf den Sozialismus als Wertesystem. Damit orientiert er sich in der Tat an der Sozialismuskonzeption der SPD aus dem Godesberger Programm von 1959.

Die Parteivorsitzende Zimmer ist sich dieser Gefahr bewusst und hebt den Unterschied zur SPD hervor. Der SPD wirft sie vor, ihre „Grundwerte“ in der bestehenden Gesellschaft aufzulösen und damit ihren sozialistischen Anspruch aufzugeben, während die PDS an dem Ziel festhält, *„all das zu überwinden und aufzuheben, was einem Leben aller in Freiheit, Gleichheit und Solidarität entgegen steht.“*⁴⁶ Niemand, fährt Zimmer fort, außer der PDS „stellt diese Frage so“.

Das Schlüsselwort sozialistischer Politik ist für die PDS Gerechtigkeit, es soll das Endziel mit der Tagespolitik verbinden. Ist Sozialismus die identitätsstiftende Gemeinschaftsvorstellung der Partei, so bietet Gerechtigkeit, die auch in konkurrierenden Ordnungsvorstellungen einen zentralen Platz hat, der PDS eine viel öffentlichkeitswirksamere Bezugsgrundlage für ihre Koalitions- und außerparlamentarische Bündnispolitik.

Die alte sozialistische Arbeiterbewegung ist Geschichte. Dem trägt mit der Hervorhebung der Gerechtigkeit somit auch die PDS Rechnung, indem der Programmentwurf Schillers „Alle Menschen werden Brüder“ paraphrasiert: *„Ziel moderner sozialistischer Emanzipationsbewegungen ist Gerechtigkeit. Sie kämpfen für die Schaffung gleicher sozialer Möglichkeiten des Zugangs aller zu den wichtigsten Gütern der Gesellschaft unabhängig von Klassenzugehörigkeit, Geschlecht, Nation, ethnischer Herkunft oder Hautfarbe, unabhängig von Behinderungen oder sexuellen Orientierungen, unabhängig vom Lebensort auf diesem gemeinsamen Planeten.“* Kurzum: Im Kampf gegen *„Herrschaft und Ausbeutung“* und für *„Solidarität und Emanzipation“* werden sozialistische Bewegungen zu *„Menschenrechtsbewegungen“*.⁴⁷

Es schlägt dem Leser fast die Sprache, wie die PDS sich liberales individualistisches Freiheitspathos aneignet. Aber bei dieser Aneignung sollten die leninistischen Wurzeln der PDS nicht übersehen werden: Die Kommunisten haben ihren Führungsanspruch gegenüber der

⁴⁶ Zimmer: Mehr PDS und nicht weniger, S. 3.

Arbeiterbewegung und als totalitäre Staatsparteien immer damit gerechtfertigt, dass nur die Partei als „Kommandostab“/Avantgarde in der Lage sei, das Volk/die Massen zum sozialistischen Endziel zu führen. Dies sollte nicht in Vergessenheit geraten, da die PDS seit dem außerordentlichen Parteitag der SED 1989 nicht müde wird zu beteuern, dass sie nie wieder einen Avantgardeanspruch erheben wolle.

Was aber ist das Spezifikum des Sozialismus in den Farben der PDS?

*„Die Eigentumsfrage ist für uns eine Grundfrage sozialistischer Bewegung“.*⁴⁸

Diese Aussage verknüpft die Vergangenheit mit der Zukunftsgestaltung der Partei, sieht sich doch die PDS ausdrücklich in der Tradition der *„sozialistischen Bewegungen der letzten zweihundert Jahre“*. Eingeschlossen sind dabei die Beiträge von Sozialisten und Kommunisten *„zu einer friedlichen und gerechten Welt“*.⁴⁹

Wer sich in einer solchen Tradition sieht, muß das Scheitern des sowjetischen Staatssozialismus bilanzieren. Während der Entwurf des Parteivorstandes dies nur indirekt tut, bekennt sich der Entwurf 2 ausdrücklich zu dieser Verantwortung:

*„Die PDS trägt dafür eine besondere Verantwortung, da sie aus der SED hervorging und geschichtlich, politisch und ideologisch eng mit dem Gesellschaftsmodell der DDR und der Sowjetunion verbunden war.“*⁵⁰

Der Vorstandsentwurf bewertet die bolschewistische Revolution von 1917 als *„legitimen Versuch einer Antwort auf das zivilisatorische Versagen des Kapitalismus im Ersten Weltkrieg“*. In Bezug auf die Toten, die dieses "Experiment" am Menschen gekostet hat, beläßt man es bei dem Satz *„Ihre staatssozialistische Entartung hat aber Millionen sinnloser und unverzeihlicher Opfer gekostet und die Idee des Sozialismus nachhaltig beschädigt“*.⁵¹

War der rote Terror, um das Glück des Volkes zu erzwingen und die Ausbeuter und „Volkschädlinge“ zu liquidieren, nur eine „Entartung“?

⁴⁷ Programm der PDS. Entwurf, S. 4.

⁴⁸ Ebenda, S. 5.

⁴⁹ Ebenda, S. 2.

⁵⁰ Programm der PDS. Alternativer Entwurf, S. 11.

⁵¹ Programm der PDS. Entwurf, S. 22.

Eine vergleichbare Argumentation findet auf die DDR Anwendung: *"Wir beurteilen die Geschichte der DDR nicht allein aus der Perspektive ihres Scheiterns und geben den herrschenden Totalkritik nicht nach."*⁵²

Selbstkritisch räumt der Vorstandsentwurf ein: *"Die DDR blieb jedoch immer vom sowjetischen Staatssozialismus geprägt. Die SED als herrschende Partei war nicht fähig und nicht bereit, Sozialismus mit Demokratie und Freiheit zu verknüpfen. Ihren Weg kennzeichnen daher schmerzliche Fehler, zivilisatorische Versäumnisse und auch unentschuld bare Verbrechen. Es bleibt für uns eine bittere Erkenntnis, dass nicht wenige um großer Ideale willen Strukturen der Unterdrückung mitgetragen und Verfolgung Andersdenkender zugelassen haben. Dafür stehen wir in einer moralischen Verantwortung."*

Daraus zieht der Entwurf den Schluß: *"Es sind eben diese Erfahrungen und die Schlussfolgerungen daraus, weshalb die Wahrung der im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verbürgten Grundrechte für uns unverzichtbar geworden ist."*⁵³

Es waren genau die Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Diktatur und der sich in der Sowjetischen Besatzungszone bildenden kommunistischen Gewaltherrschaft, die bei Männern wie Konrad Adenauer, Theodor Heuss und Kurt Schumacher die Entschlossenheit befördert haben, eine demokratische Republik zu errichten, die sich als Kernstaat für alle Deutschen verstand. Der zentrale Konflikt zwischen den beiden sich bildenden deutschen Staaten war nicht die Frage von Marktwirtschaft oder Sozialismus, sondern von Demokratie oder Diktatur.

Für andere in der PDS dagegen bleibt die DDR "Ansporn" für den nächsten Versuch. Der Entwurf 2 betont ausdrücklich:

*„Der in der DDR unternommene sozialistische Versuch gibt auch Mut, an die heutige Gesellschaft sozialistische Maßstäbe anzulegen“.*⁵⁴

⁵² Ebenda, S. 22.

⁵³ Ebenda, S. 22 f.

⁵⁴ Programm der PDS. Alternativer Entwurf, S. 11.

Der Parteivorstand vermeidet in seinem Entwurf solche direkten Assoziationen zur untergegangenen Zentralverwaltungswirtschaft der DDR. Hier befließt man sich der sozialdemokratischen Terminologie der Wirtschaftsdemokratie, die Schlüsselworte heißen hier Gemeinwirtschaft und öffentlicher Sektor. Ausdrücklich wird betont, dass die Eigentumsfrage nicht primär eine des Rechtstitels ist, sondern eine „*der realen Verfügung über wirtschaftliche Machtressourcen*“.⁵⁵ Gemeinwirtschaft und Vergesellschaftung umschreiben letztlich weiterhin eine Politik staatlicher Regulierung und dirigistischer Verfügung. Das wird besonders deutlich an der Ablehnung von „*Privatisierung von öffentlichem Eigentum*“. Als Kader einer totalitären Staatspartei sind die Protagonisten der PDS gewöhnt, in den Kategorien ungeteilter politischer Macht zu denken. Sie betrachten weiterhin ökonomische Fragen als politische Machtfragen und ordnen sie deshalb dem Staat als politischem Herrschaftssystem zu. Gefordert wird die Stärkung des öffentlichen, das heißt staatlichen, Wirtschaftssektors, der zur „Kontrolle der Banken, Versicherungen und Großunternehmen“ führen soll.

Das Festhalten an der Eigentumsfrage als Kern der Sozialismusvorstellung der PDS soll es ihr ermöglichen, nach dem Scheitern des sowjetischen Staatssozialismus auf deutschem Boden das Ziel so zu formulieren, dass es kompatibel ist mit den Sozialismuskussionen westeuropäischer Linksozialisten und Eurokommunisten. Hier liegt ein echter Bruch mit der SED-Programmatik als Staatspartei vor

Die Programmatik verfolgt drei Ziele:

1. Eine neue politische Identität der Partei zu formulieren.
2. Koalitionen im Rahmen eines linken Pluralismus national und auf EU-Ebene zu ermöglichen.
3. Außerparlamentarische Bewegungen zu unterstützen und zu instrumentalisieren.

In den Worten von André Brie: *"Wir haben in diesem Entwurf kapitalismuskritische und sozialistische Politik, einschließlich solcher Schlüsselfragen wie der Haltung zum Eigentum und zur Macht, ausführlich behandelt und wollen damit dazu beitragen, dass die PDS sowohl in ihrer deutlichen Differenz zur Sozialdemokratie als auch in ihrer demokratischen Fähig-*

⁵⁵ Programm der PDS. Entwurf 1, S. 5.

keit zur Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften, und das ist naturgemäß vor allem die SPD, erkennbar wird.“⁵⁶

VII. Außerparlamentarischer Kampf und antifaschistische Bündnispolitik

Die PDS tritt heute als demokratische Partei ohne Vergangenheit auf. Für eine parlamentarische Partei ist der Weg des Machterwerbs eindeutig: Beteiligung an Wahlen, parlamentarische Arbeit und Akzeptanz des Votums der Wähler. In dieser Hinsicht ist die Herkunft der PDS aus der SED für ihre Imagewerbung ein Problem. Die SED brauchte sich keinen Wahlen zu stellen und in der strategischen Konzeption des Klassenkampfes gab es für die Kommunisten immer mehrere Wege zur Macht. Der über die Parlamente und das Gewinnen von Mehrheiten bei Wahlen galt immer als Ausnahme. Dieser Tradition ist das gültige Parteiprogramm von 1993 noch verpflichtet: *„Die PDS hält den außerparlamentarischen Kampf um gesellschaftliche Veränderungen für entscheidend.“*⁵⁷

Diesen Primat des außerparlamentarischen Kampfes nimmt der Vorstandsentwurf zurück. In ihm bekennt sich die PDS sowohl zur Arbeit in den Parlamenten als auch zu außerparlamentarischen Kämpfen.⁵⁸ Diese Haltung entspricht dem Doppelgesicht der Partei. Die Klarstellung ermöglicht es der SPD, die PDS als Koalitionspartner zu akzeptieren, ohne Gefahr zu laufen, von der PDS mit außerparlamentarischen Bewegungen erpresst zu werden.

Andererseits eröffnet das Festhalten an der grundsätzlichen Berechtigung außerparlamentarischer Bewegungen und Kämpfe der PDS eine Option für Bündnispolitik und erschließt damit einen weiteren Raum der politischen Auseinandersetzung, zumal die PDS-Führung hier nicht für die ganze Partei sprechen kann. In Entwurf 2 heißt es über die Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik: *„Diese demokratische Struktur erwies sich seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland oft als Schein.“*⁵⁹

Aus diesem Grund halten die Entwürfe 2 und 3 am Primat des außerparlamentarischen Kampfes fest.⁶⁰ Insofern ist es folgerichtig, wenn aus den Reihen der Kommunistischen Plattform

⁵⁶ Brie, André: Ein Bruch in der Programmatik und Politik ..., S. 4.

⁵⁷ PDS: Programm. – Berlin 1993, S. 27.

⁵⁸ Programm der PDS. Entwurf, S. 24.

⁵⁹ Programm der PDS. Alternativer Entwurf, S. 8.

⁶⁰ Vgl. ebenda S. 17 u. Eckpunkte sozialistischer Programmatik, S. 28.

gefordert wird, dass die PDS nicht in der „Schwatzbude“ mitarbeiten, sondern eine Kampfpartei sein solle.⁶¹

Angesichts der Tatsache, dass die Masse der PDS-Mitglieder in den westdeutschen Landesverbänden aus kommunistischen Splitterparteien und Sekten wie der DKP, dem Bund Westdeutscher Kommunisten und anderen K-Gruppen stammt, ist es nicht verwunderlich, dass gerade in ihren Reihen propagiert wird, in viel stärkerem Maße als bisher ein erhebliches gesellschaftliches Widerstandspotential mit Formen zivilen Ungehorsams, kalkulierten Regelverstößen und Strategien der Verweigerung zu entwickeln.⁶² Welche Auswirkungen ein solches Rechtsstaatsverständnis im Falle einer Regierungsbeteiligung der PDS in Berlin bei den sogenannten autonomen Krawallen anlässlich des 1. Mai in Kreuzberg haben wird, werden im Zweifel Anwohner und Polizeibeamte auszubaden haben.

Vor dem Hintergrund der innerhalb der PDS ungeklärten Frage über den Primat des Parlaments oder des außerparlamentarischen Kampfes muß im Programm festgeschrieben werden, dass in der PDS sowohl „Reformisten“ als auch „Revolutionäre“ ihren Platz haben. So wird es im Parteiprogramm von 1993 und in Entwurf 3 übereinstimmend formuliert: *„In der PDS haben sowohl Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensetzen wollen und die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden.“*⁶³

Entwurf 2 strebt explizit eine Zusammenarbeit mit den extremistischen und gewalttätigen „Autonomen“ an.⁶⁴ Diese Zusammenarbeit gibt es schon heute im „antifaschistischen Kampf“.

In der praktischen Politik kommt dem Antifaschismus für die PDS ein noch höherer Stellenwert zu als dem Sozialismus. Er dient zur partiellen Rechtfertigung der DDR und verschafft der PDS im „Kampf gegen rechts“ gesellschaftliche Akzeptanz. Mit den verschiedenen Tonlagen ihrer Antifa-Kampagne fährt die PDS eine Doppelstrategie sowohl auf parlamentarischer als auch auf außerparlamentarischer Ebene.

⁶¹ Vgl. Heinz, Ernst: Große Illusionen. Zu den „Thesen zur programmatischen Debatte“, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform, Nr. 3/2000, S. 1-7 (3, 7).

⁶² Vgl. PDS Kreisverband Mainz-Bingen: Thesen und Anfragen an die PDS. Ein Beitrag zur Programmdebatte, in: Disput, Nr. 11/1999, S. 20-22 (21 f.).

⁶³ PDS: Programm. – Berlin 1993, S. 27, u. Eckpunkte sozialistischer Programmatik, S. 28.

⁶⁴ Vgl. Programm der PDS. Alternativer Entwurf, S. 16.

Ein gesellschaftlicher Erfolg, man kann fast von einem Durchbruch sprechen, gelang der PDS am 9. November 2000 bei dem sogenannten Aufstand der Anständigen gegen den Rechtsextremismus, bei dem die PDS an der Seite der demokratischen Parteien, der Kirchen, der Gewerkschaften und anderer gesellschaftlicher Gruppen gegen „Rechts“ demonstrieren konnte. Als eine Konsequenz dieser Demonstration nahm der Bundestag einen Antrag zur Bekämpfung des Rechtsextremismus an, der von allen Bundestagsfraktionen außer der CDU/CSU getragen wurde.⁶⁵ Damit hatte die PDS, die sich immer noch eine Kommunistische Plattform leistet, auch schwarz auf weiß erreicht, in den Augen der Öffentlichkeit durch das gemeinsame Handeln mit den demokratischen Parteien als in der Bundesrepublik angekommen zu erscheinen.

Die PDS ging noch einen Schritt weiter. Sie wollte den „Antifaschismus“ als Staatsziel im Grundgesetz verankern. Zu diesem Zweck brachte die PDS-Bundestagsfraktion einen Gesetzesentwurf zur Einfügung einer „antifaschistischen Klausel“ ins Grundgesetz ein.⁶⁶ In der Begründung zu diesem Gesetzesentwurf offenbarte die PDS, dass der „Antifaschismus“ der PDS außer zur Umsetzung gegenwärtiger und zukünftiger Ziele auch zur Relativierung der eigenen Vergangenheit dient: „Geschichtspolitisch nutzt die PDS den Entwurf, um auf subtile Weise die antifaschistischen Verdienste der DDR-Diktatur zu würdigen“.⁶⁷

Die Auflösung des antitotalitären Konsenses im Bundestag hatte einen Punkt erreicht, an dem nicht mehr die PDS, sondern die CDU/CSU, die sich für ein gemeinsames Engagement der demokratischen Parteien gegen Extremismus von rechts und links aussprach, isoliert war. Am Vorabend des Berliner Koalitionsbruchs erlebten wir, dass SPD, Grüne und PDS das Parteiensystem im Bundestag neu justierten. Zukünftig soll nicht mehr der antitotalitäre, sondern der „antifaschistische“ Konsens gelten.

Während die PDS im Bundestag eine „antifaschistische“ Zusammenarbeit mit den demokratischen Fraktionen anstrebt, sucht sie auf der Straße den Schulterschluß mit der gewaltbereiten "Autonomen Antifa". Dafür sind gemäß der PDS-internen Arbeitsteilung vor allem die „Polit-Punkerin“ Angela Marquardt (MdB), auf deren Homepage sich sogar ein Link zur verbotenen Zeitschrift "Radikal" mit einer Anleitung zum Bombenbauen befand, und die "Antifa"-Akti-

⁶⁵ Antrag "Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt". Bundestags-Drucksache 14/5456.

⁶⁶ Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes. Bundestags-Drucksache 14/5127.

vistin Ulla Jelpke (MdB), die sich auch zur Fürsprecherin der verbotenen Kommunistischen Arbeiterpartei Kurdistans PKK macht, zuständig. Personen wie Marquardt und Jelpke, die sowohl auf parlamentarischem Parkett als auch bei den verschiedensten Randgruppen agieren, nehmen in dieser Hinsicht eine wichtige Scharnierfunktion wahr.

Diese kurze Darstellung des „antifaschistischen“ Kampfes der PDS liefert uns zugleich ein Beispiel, wie die PDS die parlamentarische Arbeit mit der außerparlamentarischen Aktion verzahnt.

VIII. Programmatische Forderungen

Der Entwurf des Parteivorstandes enthält offenbar bewusst keine präzisen Festlegungen von konkreten Zielen. Ganz anders Entwurf 2. Er formuliert ein 15 Punkte-Programm, das die Autoren als Prüfstein für eine Regierungsbeteiligung auf Bundesebene verstanden wissen wollen. Dieses „Aktionsprogramm“ ist die einzige Beschreibung des sozialistischen Weges, den die PDS in der Programmdebatte bislang vorgelegt hat. Da die Partei das Programm erst nach der Bundestagswahl verabschieden will und offen ist, für welchen Entwurf ein Programmparteitag sich entscheiden wird, muß das 15 Punkte-Programm zur Kenntnis genommen und diskutiert werden.

Prinzipiell gilt: Es sind Forderungen, zu denen es keine qualifizierten Finanzierungsvorschläge gibt. Der Katalog beginnt populistisch:

- „Arbeitszeit reduzieren!“:

In Anlehnung an eine alte Forderung der IG Metall wird die Einführung der 32-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich gefordert.⁶⁸

- „Sozialer und ökologischer Umbau – Energie- und Verkehrswende“:

Sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie.⁶⁹

Eine Verkehrswende, durch die „Verkehr und Transport vermieden werden“.⁷⁰

⁶⁷ Wilke, Manfred: Die „antifaschistische Republik“, in: Die politische Meinung, Nr. 377/2001, S. 65-68 (65).

⁶⁸ Vgl. Programm der PDS. Alternativer Entwurf, S. 14.

⁶⁹ Vgl. ebenda, S. 15.

⁷⁰ Ebenda, S. 15.

- Sonderprogramm „Aufbau Ost“:

„Die neuen Länder müssen zur Modellregion für den ökologischen und sozialen Umbau des Landes werden.“⁷¹

- „Soziales Netz“:

„Grundsätzlich muß der Abbau dieses Netzes, der in den letzten 15 Jahren erfolgte, rückgängig gemacht werden.“⁷²

- „Für die Rechte der Frauen – für eine kinderfreundliche Republik“:

Ersatzlose Streichung des § 218 StGB.⁷³

Abschaffung des Ehegattensplittings, es „bevorzugt die Institution Ehe“.⁷⁴

- Antifaschistische Jugendzentren:

„Wir fordern ein bundesweites Programm zur Schaffung und Förderung von ansprechenden Jugendzentren ... Das Kulturangebot in diesen Jugendzentren muß eine grundsätzlich demokratisch-antifaschistische Ausrichtung haben. In allen größeren Siedlungen und in jedem Kiez sind solche Einrichtungen unverzichtbar.“⁷⁵

- „Gleiche Rechte für alle Menschen, die in unserem Land leben“:

„Alle Menschen, die dauerhaft in unserem Land leben, genießen die gleichen Rechte. Sie haben einen verbrieften Anspruch auf die deutsche Staatsbürgerschaft und damit auch auf das aktive und passive Wahlrecht. Auf Wunsch ist die doppelte Staatsbürgerschaft zu gewähren.“⁷⁶

- „Nie wieder Faschismus!“:

Mit dieser Losung will die PDS eine Neuauflage der historisch bekannten „antifaschistischen Volksfrontbündnisse“ herbeiführen:

„Mit breiten Bündnissen, wie sie von den traditionellen antifaschistischen Verbänden propagiert werden, unter Einschluß von Christen und solchen Konservativen, die sich mit dieser Zielrichtung engagieren wollen, aber auch unter bewusster und solidarischer Einbeziehung

⁷¹ Ebenda, S. 15.

⁷² Ebenda, S. 15.

⁷³ Vgl. ebenda, S. 15.

⁷⁴ Vgl. ebenda, S. 16.

⁷⁵ Ebenda, S. 16.

⁷⁶ Ebenda, S. 16.

von Autonomen und Punks usw. muß das weitere Anwachsen von Faschismus und Rassismus gestoppt werden.

Erforderlich ist die Förderung von antifaschistischer Kultur und Tradition ... „⁷⁷

- „Gegen Repression – Demokratie erhalten und ausbauen“:

Die Geheimdienste müssen aufgelöst werden.⁷⁸

- „Gegen Krieg – für radikale Abrüstung“:

Der Entwurf 2 fordert „die Auflösung der NATO und eine Bundesrepublik Deutschland ohne Armee“.⁷⁹ Die Autoren agieren in der Bundesrepublik als „Antikriegspartei“, aber sie sind keine Pazifisten. Ihr Feindbild bleibt der amerikanische beziehungsweise westliche „Imperialismus“.

*„Gleichzeitig respektieren wir das Recht von Befreiungsbewegungen und fortschrittlichen Regierungen, sich gegen militärische Angriffe und Unterdrückung auch bewaffnet zu verteidigen.“*⁸⁰

Gefordert wird: *„Mit einer jährlichen Reduktion der Rüstungsausgaben um rund fünf Milliarden Mark – mit dem Ziel einer BRD ohne Armee in zehn Jahren.“*⁸¹

- „Reichtum und Profite besteuern – Rückverteilung von oben nach unten“:

*„Profite und große Vermögen müssen konsequent besteuert werden.“*⁸²

- „Stärkung der Gewerkschaften“:

Die PDS setzt sich besonders für gewerkschaftliche Rechte ein, um auch auf diesem Feld parlamentarische Arbeit mit außerparlamentarischem Kampf zu verzahnen. Gefordert werden: Uneingeschränktes Streikrecht auch für Beamte einschließlich des Rechts auf politische Streiks, gesetzliches Verbot der Aussperrung.⁸³

Der Streit um die Standortbestimmung der PDS, der im Rahmen der aktuellen Programmdiskussion stattfindet, zeigt, dass die Partei zu zentralen gegenwärtigen und vergangenheitsbezogenen Fragen ein zwiespältiges Verhältnis hat:

⁷⁷ Ebenda, S. 16.

⁷⁸ Vgl. ebenda, S. 17.

⁷⁹ Ebenda, S. 6.

⁸⁰ Ebenda, S. 6.

⁸¹ Ebenda, S. 17.

⁸² Ebenda, S. 17.

⁸³ Vgl. ebenda, S. 17.

Noch immer ist den Diskussionen anzumerken, dass das Ende des sowjetischen Imperiums und der totalitären Staatspartei SED von der PDS nicht bewältigt ist. Ebenso sind die Vorstellungen vom Klassenkampf nicht aufgegeben. Die Entwürfe für ein PDS-Programm sind auch Beiträge zum Geschichtsbild der Partei.

Die PDS beharrt darauf, dass die DDR ebenso wie die Bundesrepublik ein legitimer deutscher Staat gewesen sei und dass der Versuch, mit Hilfe der Sowjetunion in Deutschland den Sozialismus gewaltsam einzuführen, berechtigt war. Das Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie ist ungeklärt. Teile der PDS halten daran fest, dass die von der Partei erstrebten sozialistischen Veränderungen der Bundesrepublik nur durch außerparlamentarischen Kampf durchgesetzt werden können. Der Machtwille der PDS ist ungebrochen. Der von der Parteiführung vorgelegte Entwurf eines Parteiprogramms, das erst nach der Bundestagswahl beschlossen werden soll, ist sprachlich darauf angelegt, die Partei koalitionsfähig zu machen. Mit Blick auf die Europäische Union will die PDS aktiv dazu beitragen, ein dauerhaftes Zusammenwirken sozialistischer und kommunistischer Parteien zu ermöglichen. Auch dazu soll dieses Programm dienen.

Die Autoren

Manfred Wilke, geboren 1941 in Kassel, Dr. rer. pol., 1985 Professor für Soziologie an der FH für Wirtschaft Berlin, 1992 Mitbegründer und Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat an der FU Berlin.

Sebastian Prinz, geboren 1970 in Köln, M.A., Dipl.-Verwaltungswirt, wiss. Mitarbeiter eines Bundestagsabgeordneten und Doktorand an der Katholischen Universität Eichstätt.